

Riesener Tagesblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger)

Drahtschreibst: Tagesblatt Niesea.
Genuss N. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

Postkontor: Dresden 1833
Cicollas Niesea N. 22

der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Niesea, des Finanzamts Niesea und des Hauptkollektivs Niesea, sowie des Gemeinderates Gröha.

Nr. 170.

Montag, 24. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesener Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Schriftgröße (6 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachsetzung- und Umstellungsgeld 1.50 Mark. Jeder Artikel, dem vollst. Redaktionserlaubnis, muss über den Auftraggeber in Kontakt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Niesea. Schwere Unterhaltungsbeiträge, "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerel, der Lieferanten oder der Verlagsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dager & Winterlich, Niesea. Geschäftsstelle: Goltzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Niesea; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Niesea.

Pilzauskunftsstelle Niesea.

Ankunft in Witzschungen erteilt unentgeltlich Herr Redner Reuter, Schillerstraße 9. Nur während der Sommerferien 17. 7. bis 19. 8. nicht zu sprechen. Zum Zwecke der Bestimmung können Pilze auch bei Herrn Kubert, "Stadt Dresden", abgegeben werden. Dasselbe (Kaufler Straße 7) sind neue Michael'sche Pilztafeln mit naturgetreuen Abbildungen unserer häufigsten Schwämme, sowie Pilzmodelle zur Schau gestellt. Der Rat der Stadt Niesea, am 21. Juli 1922. Rr.

Seite 15 unter 9 Feuerungsklausel für das 3. Vierteljahr 1922 einen Entwertungsantrag von 50%, auf die Endsummen der Vierteljahresrechnungen zu erheben. Besondere Nachrechnung über diesen Zuschlag wird nicht angefordert. Der Entwertungsantrag für das 4. Vierteljahr wird zu gegebener Zeit noch bekanntzugeben.

Die Straße von Werrsdorf nach Canitz ist wegen Aufbringung von Wehenschutt vom 25. bis 27. Juli 1922 für allen Fahrzeugverkehr gesperrt. Als Umgehungsweg ist die Straße Werrsdorf-Bohra-Canitz zu benutzen. Gröha (Elbe), am 24. Juli 1922. Der Gemeindevorstand.

Stromgeld (Jahresabrechnung) bis 26. ds. zu bezahlen. Gemeindevorstand Weida.

Strompreiserhöhung.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf Grund der Stromlieferungsbedingungen (siehe

Zagung des sächsischen Schmiede- und Schlosserhandwerks in Niesea.

Zu der Tagung hatten sich zahlreiche Vertreter aus allen Teilen Sachsens in unserer Stadt zusammengefunden. Sonnabend abends 7/8 Uhr hielt der Gesamtvorstand des sächsischen Schmiede-Innungsverbandes eine Sitzung im "Wettiner Hof". Der Sonntag brachte die Tagungen der Berufsverbände. Der Schmiede-Innungsverband tagte 12 Uhr im "Wettiner Hof", der Schlosser-Innungsverband um 2 Uhr in der "Elberstraße". Es wurden die Geschäfts- und Kassenberichte entgegengenommen und mehrere Vorträge gehalten, so u. a. über Normenarbeit im Schmiedehandwerk, über Aufgaben und Ziele des Schlosser-Berufsverbandes und über Lehrlingswesen und 4-jährige Arbeitszeit. Den wichtigsten Beratungsgegenstand in beiden Verbandstagungen bildete die Stellungnahme zu der Frage der Vereinigung zu einem Wirtschaftsverband des sächsischen Schmiede- und Schlosserhandwerks. In der Schlosser-Versammlung hatte das Referat hierzu Herr Stadtrat Dombos-Niesea übernommen. Der Versammlung wurde zugestimmt unter dem Gesichtspunkt: beruflich getrennt, wirtschaftlich geeint. Vormittags 12 Uhr hatte eine Sitzung des Gesamtvorstandes des Schlosser-Innungsverbandes stattgefunden. Im Anschluss an die Tagungen fand nachmittags im Stadtpark-Restaurant ein gemütliches Beisammensein statt, das eine zahlreiche Beteiligung aufzuweisen hatte. Eines sehr starken Besuchs hatte sich auch der abends 8 Uhr im "Stern" abgehaltene

Begrüßungsabend

zu erkennen, der den Charakter eines Handwerkerabends für das gesamte Handwerk trug. Von der Galerie des Saales herab grüßten die aus den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts stammenden alten Handwerkerfahren der Schlosser, Schmiede, Fleischer, Bäcker, Schuhmacher und Köcher. Erschienen waren u. a. Herr Bürgermeister Dr. Schneider als Vertreter der Stadt, der Vorsitzende des Landesauschusses des sächsischen Handwerks, Herr Landtagsabgeordneter Kunze-Dresden, der Vorsitzende des Deutschen Schmiedebundes, Herr Schulz-Berlin, der Vorsitzende des Deutschen Schlosserbundes, Herr Thälheim-Weipzig, der Vorsitzende des Landesauschusses des sächsischen Handwerks, Herr Weber-Dresden und als Vertreter der Gewerbetkammer Dresden Herr Baummeister Schneider-Niesea. Der Vorsitzende des hierigen Innungsverbandes, Herr Billing, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Ehrenäste und sprach die Hoffnung aus, daß der Abend den Gästen einige angenehme Stunden bringen möge. Daß zu dem Abend nicht nur das gesamte Handwerk, sondern auch die Jugend zusammengerufen worden sei, zeige, daß die Jugend dem Handwerk besonders am Herzen liege. Der Kampf des Handwerks um seine Existenz sei ein Kampf um sein Recht der Erziehung der Jugend. Die Erziehung des Handwerks in der Meisterlehre sei ein Weg zur Erziehung von Menschen, die sich ein für das Staatswohl verantwortlich fühlen. Auch das Handwerk wolle die Jugend vor sittlicher und gesundheitlicher Schädigung bewahren und verlange daher eine gute Ausbildung der Jugend in der Lehre und in der Berufsschule. Jeder Handwerksmeister, der hierbei mit Hilfe, trage zur Wiederaufhebung unseres Vaterlandes bei. In diesem Sinne wünsche er dem Abend einen guten Verlauf. Herr Bürgermeister Dr. Schneider begrüßte die auswärtigen Gäste namens der Stadt. Die Tagung finde in erster Linie statt, aber so schwer die Zeit auch sei, darin müßten wir uns einig sein, daß gerade wegen der schweren der Zeit alle Berufsstände unseres Volkes ein gesunder Optimismus beselen müsse. Die Hoffnung auf den Wiederaufstieg dürften wir nicht aufgeben und jeder müsse an seinem Telle daran mitarbeiten, daß Volk und Vaterland wieder emporkommen. Das Handwerk sei stets der beste Pfeiler der Liebe und Treue zum Vaterland gewesen und auch heute pulsiere in seinem Heiliger der rechte Geist und Wille zum Wiederaufbau. Er begrüße deshalb nicht nur die Vertreter der Verbände, sondern unseres sächsischen Handwerks überhaupt und richte an sie die Bitte, mitzuwirken in dem gekennzeichneten Sinne. Sein Hoch galt dem deutschen Handwerk und den versammelten Verbänden. Herr Landtagsabgeordneter Kunze-Dresden gab seiner Freude über den bisherigen Verlauf der Tagung Ausdruck, die zu einem weiteren engeren Zusammenschluß der beiden Verbände führen werde. Mit Freude habe er auch gesehen, daß zu dem Begrüßungsabend, der zugleich ein Handwerkerabend sein sollte, alle Berufsstände Niesea gekommen seien, gewiss ein Zeichen des guten Wernnehmens. Die alten Handwerkerfahren sollten uns mahnen: Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwerb es, um es zu besitzen. Das sächsische Handwerk habe den Glauben an seine Zukunft noch nicht verloren. Herr Obermeister Feunzig-Dresden dankte namens der Gäste für den herzlichen Empfang und die freundliche Aufnahme in unserer Stadt. Die Ansprachen waren umrahmt von vorzrefflichen Darbietungen. ~~Das~~ Reichs-Weiser entbot

den Gästen einen vorzrefflichen Willkommensgruß. Wichtige Vorträge boten unter Leitung des Herrn Oberreallehrer Iwan Schönebaum ein kleiner Chor des Chorvereins Niesea und der "Simpson", sowie Herr Richard Selter-Niesea (Bariton). Herr Martin Krenz keuerte am Klavier zwei Vorträge bei, der Turnverein Niesea und der Allgemeine Turnverein erkreuten durch Uebungen am Barrer, Freilübungen der Turnerinnen und Stabübungen der Turner und die Kapelle des Herrn Obermusikmeister Otto leitete den Abend mit zwei Konzerten ein. Alle Darbietungen der abwechselnden Kreise und reichhaltigen Vortragsfolge wurden mit reichem und wohlverdientem Beifall bedacht. Herr Stadtrat Dombos dankte allen Mitwirkenden sowie den vorbereitenden Ausschüssen. Mit Befriedigung könne auf den Verlauf der Veranstaltung zurückblickt werden, die dazu beitragen werde, dem Gemeinschaftsgeist im Handwerk einen festeren Grund und Boden zu geben. Es war 11 Uhr geworden, als das Konzert sein Ende erreichte und der Tag zu seinem Rechte kam.

Seit vormittags 10 Uhr begann im "Wettiner Hof" die 12. ordentliche Versammlung des Bundes sächsischer Schmiede- und Schlosser-Vereinigungen, die von Herrn Obermeister Feunzig-Dresden eröffnet und geleitet wurde. In seiner Begrüßungsansprache führte er aus, daß das Schlosser- und Schmiedehandwerk von jeher schweres Tage durchgemacht habe. Vor 15 Jahren habe es sich zu einer Selbsthilfsorganisation vereint und heute solle diese Arbeit getätigt werden durch die Vereinigung der beiden Berufs- und Wirtschaftsverbände. Hierzu sei es höchste Zeit gewesen; denn nur Einheit mache Kraft. Er begrüßte hierauf den Vertreter der Stadt, Herrn Bürgermeister Dr. Schneider, sowie die übrigen Ehrengäste. Herr Bürgermeister Dr. Schneider führte u. a. aus, daß der heuchelichste Zusammenstoß von größter Bedeutung für die Existenz des Schmiede- und Schlosserhandwerks sein werde. Die Schlosser und Schmiede bildeten nicht nur für das Handwerk den Nachwuchs heran, sondern es gingen aus diesen Berufen auch qualifizierte Facharbeiter für weite Kreise der deutschen Industrie hervor. Deshalb seien diese Handwerke von größter Bedeutung für unser Wirtschaftsleben. Redner wünschte den Verhandlungen besten Erfolg. Begrüßungsansprachen hielten ferner noch der Vertreter des Submissionsamtes und des sächsischen Landesauschusses für das Handwerk, sowie Herr Schmiedemeister Kaufmann-Niesea im Namen der Betriebsgenossenschaft des selbständigen Metallgewerbes Niesea, der Handwerker-Innung und der Schmiede- und Schlosser-Innung Niesea. Herr Stadtrat Dombos-Niesea gab bekannt, daß Einladungen an das Wirtschaftsministerium und die gesamten Gewerbetkammern ergangen seien. Sie haben mitgeteilt, daß ihnen infolge anderweiter Abhaltungen die Teilnahme nicht möglich sei, daß sie aber den Verhandlungen einen guten Verlauf wünsche. Der hierauf von Vorsitzenden erteilte Geschäftsbericht beleuchtete in eingehender Weise die verschiedensten Interessengebiete des Bundes und wurde debattelos entgegengenommen. Der Kassenbericht ergab, daß die Rechnung in Einnahme und Ausgabe mit 151.561 M. abschließt. Der Vermögensbestand beläuft sich auf 23.497,95 M. Dem Antrag auf Entlastung des Gesamtvorstandes wurde zugestimmt. In dem Antrag der Gruppe Wildenfels, den Abschluß eines Vertrages mit dem sächsischen Eisenhändlerverband betr., wurde beschloßen, den örtlichen Vereinigungen den Abschluß solcher Verträge zu überlassen, den Vorstand des Wirtschaftsverbandes aber zu beauftragen, die Frage weiter zu verfolgen. Der Antrag Freilberg auf Vereinbarung von Höchstpreisen mit der Landwirtschaft und dem Fuhrwesen wurde ebenfalls den örtlichen Vereinigungen zur Erledigung überlassen. Angenommen wurde der Antrag, sechs Herren zu wählen, die das Genossenschaftswesen studieren und hierüber der nächsten Vollversammlung Vortrag halten sollen.

Anschließend fand die 2. ordentliche Mitglieder-versammlung des Landeslieferungsverbandes des Schmiede- und Schlossergewerbes in Sachsen statt. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht war zu ersehen, daß der Verband mit Austragen gut beschaffigt ist und seine Einrichtungen sich bemährt haben. Der Mitgliederbestand beträgt 700. Bei Ausführung der dem Verband übertragenen Sachlieferungen hat er eine gute Leistungsfähigkeit gezeigt. Nach dem Kassenbericht betrug buchmäßig der Gesamtumsatz 37, Millionen Mark. Der Vermögensbestand beträgt 81.087,07 M. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt.

Kunmehre wurde in die gemeinsame Tagung beider vorgenannter Wirtschaftsverbände angetreten. Zur Beratung standen zunächst die Satzungen in den gemeinsamen Wirtschaftsverband. Nach den Satzungen ist der Verband der Reichsnachfolger des am 4. Dezember 1910 gegründeten Bundes sächsischer Schmiede- und Schlosser-Vereinigungen und des Landeslieferungsverbandes des sächsischen Schmiede- und Schlossergewerbes. Der Verband führt den Namen: Bund sächsischer Schmiede- und Schlosser-Vereinigungen, Wirtschaftsverband des gesamten sächsischen Schmiede- und Schlosserhandwerks. Der Verband hat seinen Sitz in Dresden.

Er hat den Zweck, das sächsische Schmiede- und Schlosserhandwerk wirtschaftlich zu fördern, insbesondere a) durch Uebnahme von gemeinschaftlichen Lieferungen und Ausfühung dieser durch seine Mitglieder; b) durch Maßnahmen zur Sicherung angemessener Bezahlung und zur Befähigung des Schleudermenschen und Wuschertums; c) durch Maßnahmen zur Förderung des gemeinschaftlichen Einkaufs von Rohstoffen und Gegenständen des Bedarfs; d) durch Maßnahmen zur Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Mitglieder. Der Verband ist dem Submissionsamt im Staate Sachsen r. B. als Mitglied angegliedert. Mitglied kann jede in Sachsen bestehende oder neu zu errichtende wirtschaftliche Vereinigung, Rohstoff- oder Betriebsgenossenschaft des Schmiede- und Schlossergewerbes werden, deren Mitglieder ihrem Berufsverbände angehören. Die Satzungen wurden einstimmig angenommen und die Gründung des neuen Wirtschaftsverbandes beschlossen. Es wurde hierauf zur Wahl des Gesamtvorstandes des neuen Verbandes geschritten. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender: Oskar Wienig-Dresden, Gewerbetkammerbezirk Dresden-Sünter-Vreital, Gewerbetkammerbezirk Weipzig Thalheim-Weipzig, Gewerbetkammerbezirk Chemnitz Burtzhardt-Annaberg, Gewerbetkammerbezirk Blauen Schumann-Weipzig, Gewerbetkammerbezirk Jittau, Rensel-Jittau. Außerdem gehören dem geschäftsführenden Vorstand an der Generalsekretär Bartisch vom Submissionsamt und dem Gesamtvorstand die jeweiligen Vorsitzenden der Landesberufsverbände der Sächs. Schmiede- und Schlosser-Innungsverbände Herr Schmiedemeister Klösch-Weiden und Herr Schlossermeister Boden-Dresden. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wurde auf 25 M. festgelegt. Der Eintrittspreis beträgt für Einzelmitglieder 50 M. und für korporative Mitglieder 10 M. pro Mitglied, mindestens aber 100 Mark.

Den Preisfragen soll mehr Aufmerksamkeit zugewendet und an dem Einheitsminderpreis festgehalten werden. Es wurde eine Preisbildungskommission gewählt und alsdann noch Fragen betreffs Beteiligung an den Sachlieferungen behandelt. Herr Stadtrat Dombos machte schließlich noch darauf aufmerksam, daß es sich notwendig machen werde, daß die Kollegen aus den Wirtschaftsverbänden örtliche Wirtschaftsvereinigungen gründen, wobei der genossenschaftlichen Grundlage der Vorkurs zu geben sei. Die Tagung erreichte damit kurz nach 8 Uhr ihr Ende.

Vertliches und Sächsisches.

Niesea, den 24. Juli 1922.

* Landtrankentaffentagung. In Detmold waren vom 5.-8. Juli 1922 etwa 400 Kassenvertreter und eine Anzahl Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden zur Verhandlung des Allgemeinen Verbandes deutscher Landtrankentassen versammelt. Abgeordneter Dr. jur. Krüger-Weipzig leitete die Verhandlungen. Sachliche Vorträge, u. a. Ministerialdirektor Professor Dr. Gottstein über hygienische Volksbelehrung, Verbandsdirektor Unger über die Krankenkassen, Oberregierungsrat Dr. Hassenstein über Zulieferer Umbau der Sozialversicherung, füllen neben der Erledigung von Verbandssachen den ersten Verhandlungstag aus. Als Verhandlungsort für das nächste Jahr wurde Götting bestimmt. Der 2. Verhandlungstag brachte an Vorträgen "Die wirtschaftliche Verordnungsweise der Kassenärzte" (Dr. med. Kottbaum) und kassenrechtliche Ausführungen von Johann Dr. Cohn, Verbands-geschäftsführer Schraeder, Verwaltungsdirektor Weiche und Verwaltungsdirektor Obit. Der Verlauf der Tagung zeigte, mit welcher regem Eifer die Landtrankentassen bemüht sind, ihre Aufgaben zur Hebung der Volksgesundheit zu erfüllen. Der Bezirksverband Mittelteil des Wohltätigkeitsvereins "Sächsische Traktanden", der die 14 Zweigvereine Coswig, Dresden-Fischeln, Glauchitz, Großenhain, Kötzschenbroda, Weiden, Radenau, Hadeburg, Niesea, Köbberau, Stesch, Weinböck, Wöllitz umfaßt, hält am Sonntag, den 30. Juli, eine Bezirksverbandstagung ab. Als Ort wurde Coswig bestimmt, das für alle Zweigvereine günstigen Bahnanschluss besitzt. Sitzungslokal ist der "Dresdner Hof". Die Sitzung beginnt nachmittags 3 Uhr. Da auf der Tagesordnung überaus wichtige Beratungsgegenstände stehen, u. a. die Verdröbnis-Unterstützungsfrage, die Zeitungsfrage, ist dringend erforderlich, daß alle Zweigvereine zu dieser Bezirksversammlung Vertreter entsenden.

* Reichsbahndirektionen. Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben unter der Ueberschrift "Der Groener zentralisiert auf dem Verordnungswege": Däne sich mit den Ländern in Verbindung gesetzt zu haben, hat der Reichsverkehrsminister durch eine einfache Verordnung befohlen, daß die Generaldirektionen der nichtpreussischen Länder und die Eisenbahndirektionen Preußens künftig die Bezeichnung "Reichsbahndirektionen" führen. Der Zweck dieser Verordnung ist offenbar, daß Sachsen, Württemberg und Baden dadurch ihre Generaldirektionen und damit die den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Länder angepaßten Vorrechte verlieren. S. B. würde damit

denkmal wurde jedoch mit 16:14 Stimmen abgelehnt (bayerische Stimmen die Fraktionen der Sozialisten, der Deutschbaker, der Beamten und der Kriegsbeschädigten, dafür die gesamte Linke). Der Antrag auf Befestigung des Gedenksteines wurde mit 18:11 Stimmen angenommen. Weiter wurde der Antrag an den Rat auf Benennung der Straße mit Ratbeschluss mit 21 zu 9 Stimmen angenommen.

Billich. In der Nähe des Schlosses wurden von Ungarn ein schweres Maschinengewehr und mehrere Patronen in der Erde gefunden. Diese Waffen gehörten dem dort stationierten Reichswallach (Wasserpöschel) und wurden dann wieder abgeliefert. Wie die Waffen in die Erde gekommen sind, bedarf noch der Klärung.

Mohorn bei Wilsdruff. Der in den zwanziger Jahren lebende biesige Wirtschaftsbote Beullach hatte gegen den Willen seines Vaters mit einer Dienstmagd aus Dierendorf ein Verhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. Am 30. Juni soll der Beullach den Versuch gemacht haben, sie zu töten, um dann einen Selbstmord der Dienstmagd vorzutäuschen. Jetzt wurde Beullach verhaftet und in das Amtsgericht Tharandt eingeliefert.

Zwickau. Zu den Waffenspenden in Wartneufkirchen meldet das biesige „Sächsisches Volksblatt“, daß ein angelegener Zwickauer Industrieller und ein Unternehmenseidolitus wegen dieser Waffenspende verhaftet, wieder aus der Haft entlassen, aufs Neue verhaftet und nunmehr in Untersuchungshaft genommen worden seien. Es sei ermittelt worden, daß die Beschludigten für 800000 Mark Waffen in Zwickau in Thüringen gekauft und vertrieben hätten. Einen Teil davon hat man jetzt gefunden. Da sich die Beschludigten im Gefängnis zu Zwickau allzu großer Freiheit erfreut hatten, hat die Staatsanwaltschaft Blauen die Beschludigten nunmehr nach Blauen überführen lassen. Das „Sächsisches Volksblatt“ fordert, daß sich das Justizministerium dieses Falles annimmt.

Obernau. Ein schöner Brauch wird hier geliebt. Man verleiht bei Hochzeiten den Brautpaar zum Besten eines guten Zweckes. Ein Brautpaar überließ der Ortsgruppe der Schutztruppenbestanden 585 M., welche aus der Versteigerung eines Brautpaars stammten.

Celmitzsch. In den Sandwerken Oberrottenbach im Hartwalde fuhr eine Lokomotive der Werkbahn auf ein leerstehendes Gleis, das nicht befahren werden sollte, da es durch das anhaltende Regenwetter der letzten Tage nicht mehr betriebssicher schien. Auf diesem Gleis ist nun die Maschine ins Rutschen gekommen, schließlich entgleist und die Wägen herabgestürzt; dabei sind der Maschinenführer und der Deizer ums Leben gekommen.

Ymbach. Der Stadtrat hat beschlossen, dem Antrage des Stadtverordnetenkollegiums betreffend a) die Anerkennung des von der Arbeiterkassen eingeleiteten Kontrollausschusses; b) die Entfernung monarchistischer Abzeichen und insbesondere schwarz-weiß-roter Flaggen; c) die Umbenennung der Königstraße und des Kaiser-Wilhelm-Platzes, keine Folge zu geben, weil man zu a) und b) der Meinung ist, daß die von den Stadtverordneten gewünschte Regelung nur auf gesetzlichem Wege, nicht aber im Wege eines örtlichen Beschlusses möglich ist, zu c) im Falle der Durchführung der Umbenennung die Einführung einer vollkommen neutralen Bezeichnung wünschenswert ist.

Verba. Die Stadtverordneten haben eine Ratsvorlage angenommen, wonach eine Anzahl Firmen seit 1.1.1922 Beiträge zu leisten zur Deckung der Wohnungsnot. Einige Firmen haben ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter feste Beträge zugesagt, andere wollen für jeden Arbeiter und Angestellten ihrer in Verba gelegenen Fabriken 1000 M., 500 M. oder 300 M. zahlen. Die zugesagten Beträge sollen spätestens bis Ende 1922 an den Gemeinnützigen Bauverein gezahlt werden. Es sollen damit Kleinwohnungen gebaut, Wohnungen ausgebaut und Wohnungen durch Abfindungen freigemacht werden. Mit dem Bau soll so schnell wie möglich begonnen werden. Weiter haben die Stadtverordneten beschlossen, an die Regierung zu petitionieren, daß sie mit den stärksten Mitteln die Sozialisierung, vor allem die der Vergwerke, betreibt.

Schöne. Der Steinmetz Franz Otto Werner aus Treuen stirbt rücklings die Treppe hinab und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er verstorben ist.

Freiberg. Die Stadtkapelle veröffentlicht eine Erklärung, in der sie darauf hinweist, daß trotz des Beschlusses des Stadtrats, die bisher gewährte Subvention zu entziehen, die Kapelle nicht aufgelöst wird. Sie will vielmehr nach wie vor unter zeitweiser Mitwirkung des leitenden Dirigenten und auswärtiger Gastdirigenten ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen.

Wurzen. Der Gespörtsführer Jope, der beim Gutsbesitzer Böbler in Treben beschäftigt ist, geriet, als er die durchgehenden Pferde halten wollte, unter die Nähmaschine, wobei ihm der rechte Arm vollständig abgerissen wurde.

Vorna (Bezirk Leipzig). Der 10 Jahre alte Schulknabe Helmut Wittig, Sohn des Konsumvereins-Geschäftsführers und Stadtrats Wittig, hatte sich an dem in der Nähe des Węgauertores gelegenen Wehrtümpel der Wobra über eine dort als Wühlloch angebrachte Bretterplanke gebeugt und hat jedenfalls das Gleichgewicht verloren. Er stürzte in den gerade an dieser Stelle sehr tiefen Wehrtümpel, aus dem er nur als Leiche geborgen werden konnte.

Wernsdorf i. V. In der großen Fabrik der altbekannten Firma G. A. Frölich's Sohn A.-G., Weberei, Druckerei, Appretur und Samtwarenerzeugung, brach ein gewaltiges Schadenaufseher aus, und zwar in der sogenannten Wühlwehre bezw. den Trockenräumen. Es befanden sich große Mengen von Wühlwehre in den Räumen. Die Ursache des Brandes ist in Selbstentzündung zu suchen. Die Fabrik brannte bereits 1914 mit einem Schaden von 3 Millionen Mark nieder und wurde damals ganz neu aufgebaut.

Das erste deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest

das vom 22. bis 25. d. Mts. in Leipzig stattfindet, wurde Sonnabend nachmittags durch einen Festakt im großen Saale des Zoologischen Gartens feierlich eröffnet. Die Grube des Reichsministeriums des Innern überbrachte Staatssekretär Schulz, Mitglied des Reichsrats für Erziehungswesen. Er führte aus, daß der entscheidende Unterschied zwischen dem Turn- und Sportvereinen von heute und dem Zwange des früheren militärischen Systems in der Disziplin aus dem patriotischen Empfinden liegt. Für die Feinde der Republik sei das Fest als Beweis des festen Zusammenhaltens der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung eine Warnung. Die große Zahl auswärtiger Gäste biete Gewähr für eine fernere Völkerverbrüderung. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß das Reich nach Möglichkeit mehr als bisher für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung tun werde. Die Vertreter der ausländischen Turn- und Sportvereine betonten in ihren Begrüßungsreden den Gedanken der Förderung internationaler Verbrüderung durch die Turn- und Sportbewegung. Mehr als 80000 Turner und Sportler aus allen Teilen des Reiches sind anlässlich des Festes in Leipzig erschienen. Das Ausland ist mit mehr als 12000 Teilnehmern vertreten, namentlich aus der Schweiz und der Tschechoslowakei. Aber auch die meisten anderen Länder, einschließlich Frankreichs und Belgiens, entsandten Abordnungen. Der erste Tag brachte in der Hauptsache Aufschüßung- und Propagandakämpfe und

Spiele. Sonnabend abend fanden in 86 Sälen Begrüßungsfeiern statt.

Das Arbeiter-Turn- und Sportfest erreichte am Sonntag seinen Höhepunkt. Nachdem bereits am frühen Morgen die Turner und Sportler ihre Wettkämpfe fortgesetzt hatten, stand der Vormittag im Zeichen der großen Festzüge, die die Bedeutung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung nach außen hin machtvoll zum Ausdruck brachten. Um 11 Uhr erfolgte die Ausruf der Arbeiterabfahrer, die sich auf dem Platz vor dem Reichsgericht versammelt hatten, zum Festplatz. Um 11 Uhr setzten sich die gewaltigen Züge der Turner und Sportler von Süden und Norden her zum Augustusplatz in Bewegung, wo sie sich vorübergehend trafen, um dann getrennt zum Ausstellungsgelände zu marschieren. Die Züge, die mehr als zwei Stunden dauerten, wurden von einer ungeheuren Menschenmenge, die die Straßen und Plätze umsäumte, stürmisch begrüßt. Namentlich wurden die ausländischen Turner belächelt. Am Nachmittag traten 18000 Turner, 7000 Turnerinnen und 3000 Sportler zu Massenparaden an. Massensportvorführungen u. a. der tschechischen Turner zielten, auf wohl beachtlicher Höhe die turnerischen und sportlichen Leistungen in der Arbeiter-Turnbewegung stehenden. 3000 Sänger und Sängerinnen boten Musikdarbietungen. Die Abwidmung der Vorführungen wurde leider durch einen wolkenbruchartigen Regen, der am Nachmittag einsetzte, beeinträchtigt.

Heim-Aussteuer-Verein.

Von P. Schubert.

Wir stehen in den Notlagen, deren Ende nicht abzusehen ist. Die Volkswirtschaft seufzt, die Wirtschaft eines jeden; es ist sehr schwer, sie aufrecht zu erhalten, eine neue zu schaffen fast unmöglich. Die Familiengründung wirtschaftlich durchzuföhren, führt auf die höchsten Schwierigkeiten. Darum tritt der Heim-Aussteuer-Verein in den Vordergrund. Er will all die sammeln, die jetzt, bald, in späterer Zeit ein Heim gründen wollen, auch die, die es schon wirtschaftlich unvollkommen, gründen, auch die, die anderen ein zu bereiten haben; also die Erwachsenen, die Jugendlichen beiderlei Geschlechts, die Eltern, die Kinder.

Es sollen überall Ortsgruppen durch gemeinnützige Jugendvereine usw. gegründet werden, unter Führung der Gemeinden und Gemeindevorkörperungen, mit Unterstützung derselben. Das Ministerium des Innern und der Sächsischen Gemeindeverwaltung sind die Vereinsorganisatoren. Die Ortsgruppen wählen einen Obmann, der die Verbindung mit der Zentralkommunikation aufnimmt, jeden einen Vereinsvorsitzenden, der unter anderem auch die Schule um freiwillige Helferenschaft befragt, der die Zahl der Ortsmitglieder feststellt und die Gemeindeparschassen um Übernahme der Kosten für die Verleumdung, die jene erhalten, erfährt. Der Ausschuss der Verleumdung des Sächsischen Sparassistentenverbandes vom 6. Dezember v. J. empfiehlt die Übernahme. Die Ortsgruppen scharfsten bei den vorerwähnten und anderen Vereinen Scharfsten ein, in behördlichen und privaten Arbeitskreisen, erbiten sie, erbiten sie in den Schulen aller Art, pflügen sie, wo es anständig und nötig ist. Die Gemeindeparschassen erhalten die wöchentlichen Sparbeiträge und behalten sie in der Regel bis zur Abschließung; sie regeln mit den Ortsgruppen die Sparbeiträge. Das Sparen ist das Leitmotiv des Vereins. Mark und Mark für einen größeren Betrag zur späteren Ausnutzung zusammenzutragen, aus Stein um Stein ein künftiges Heim zu bauen. Je früher sie sparen begonnen wird, desto besser ist es. Können nicht schon die Vaten mit dem „Eingebinde“ den Anfang machen, mit dem „Zubehörfest“ kann nicht das Konfirmationsgeschenk das Sparguthaben erhöhen?

Der Vorstand will dem Verein unterstützende Mitglieder gewinnen. Er rechnet da besonders auch auf die Gemeinden, schon um enge Verbindung mit den Ortsgruppen herzustellen, und um Unterstützung zu haben, wenn er die brüderlichen Induzieren zur außerordentlichen Mitgliedschaft auffordern will, denen für gespandete Beiträge Binsen erwachsen können, wenn der Verein die Raufkraft für aufbauartige Zeiten vorbereitet.

Aber noch immer ist die gewissste Hilfe die Selbsthilfe. Sie kann durch den Heim-Aussteuer-Verein außer durch Einrichtung von Spargemeinschaften noch weiter aufgerufen und organisiert werden. Die Ortsgruppen helfen sich, wer von den Mitgliedern zur Aussteuer Bedarf an Feinwand, Wolle, Baumwolle, Gardinenstoff und anderer „Haushware“ hat und meldet dies dem Vorstand, der dann Abschlässe tätigt, welche durch die Ortsgruppen verteilt werden. Der Betrag muß mit der Bestellung bei der Sparkasse hinterlegt werden. Der Zwischenhandel wird verflachtet, von bestimmten Fabriken zu kaufen und gewährt mit diesen zusammen Rabatt. Eine weitere Möglichkeit zur Beschaffung einer Ausstattung auch bei beschiedenen Vermitteln besteht darin, daß der Verein zu einem Darlehen bei Verpfändung von Schmerten auf reeller Grundblage verflacht, daß er eventuell gewisse Garantien übernimmt über das Darlehen selbst gibt. Grundstücke werden bis zur gewissen Höhe beliehen, bewegliche Gegenstände nicht immer. Bis 1914 konnte in den meisten Fällen die Ausnutzung beim Kaufe dar bezahlt werden im Gegenfall zum Grundstück; heute ist das oft nicht mehr möglich. Man wird darin nichts Außergewöhnliches erblicken dürfen, ohne den Abzahlungsgeheimnissen der Vergangenheit das Wort reden zu wollen. Man wird jenem Umstand dadurch Rechnung tragen können, daß man den Grundtag anerkennt: Mit Hilfe des in der Wohnungseinrichtung festgelegten Vermögens dürfen die Eltern die neue ihres Kindes kaufen, des Vermögens, das oft das Zehn- und Mehrfache des Friedenswertes ausmacht. Sie dürfen vielleicht mit diesem Vermögen unter gewissen Voraussetzungen einen Kredit beanspruchen wie der Besizer mit seinem Grundstück. Die im Heim-Aussteuer-Verein zusammengeschlossenen Mitglieder können wohl ihren Wohlstand berechnen und können wohl dann bei einer öffentlichen Geldanstalt um Einzelbeleihung nachsuchen. Das Vord sind in erster Linie die beleihene und die durch den Kredit ermöglichte Einrichtung sein. Eine formelle Garantie, eine Garantie für pünktliche Zins- und Abzahlung, für pflegliche Behandlung der Pfänder könnte der Verein durch kräftige Organisation in den Ortsgruppen, eventuell mit Unterstützung der Gemeinden geben. Die Vergütung müßte natürlich der Kreditempfänger übernehmen, auch den größten Teil der Quote für kurzfristige Tilgung, der kleinere könnte vielleicht auf den Verein umgelegt werden; läme er zu größerem Vermögen, dann könnte er eventuell selbst manches Darlehen geben.

Neben diesen realen Aufgaben hat der Verein noch ideale. Er will für Einfachheit und Gelegenheit in der Heimeinrichtung eintreten, will zeigen, wie man das Heim verlohnt, wie man deutschen Familieninn in ihm pflügt, will die Heimkultur fördern. Er kann zum großen Segen werden, wenn ihm betreten, bezw. in ihm sparen: alle Eltern, alle Jungverheirateten, die ihr Heim noch nicht vollständig eingerichtet haben, alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts, alle Kinder. Die Zählungen liegen bei den Gemeindeparschassen aus, bei denen Näheres zu erfahren ist.

Den Vorstand bilden P. Schubert, Lehrer, 1. Vorsitzender, Dresden 23, Reichenbergstraße 3; G. Schulze, Ob-Reg.-Rat, Min. d. J., 2. Vorsitzender, Den Ehrenausstuf bilden: Oberbürgermeister Wlöhler, Dresden; Landtagspräsident Fröhner, Dresden; Amtshauptmann Dr. Görtzen, Zwickau; Oberbürgermeister Dr. Döblichmann, Chemnitz; Kreisshauptmann Dr. Aug. v. Ribba und v. Falkenstein, Dresden; Amtshauptmann Dr. Marcus, Chemnitz; Stadtkass. Dr. März, Dresden; Kreisshauptmann Dr. Morgenstern, Zwickau; Oberbürgermeister Dr. Roske, Leipzig; Bürgermeister Hlsta, Radeberg; Ministerialrat Freiliger v. Weid, Min. d. J.; Amtshauptmann Dr. Wolfiger, Annaberg.

Neueste Nachrichten und Telegramme
vom 24. Juli 1922.

Die Reichspräsidenten-Wahl.

Berlin. Die offizielle Aussprache zwischen führenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, die zur Gründung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft führen soll, ist auch in den letzten Tagen während der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses fortgesetzt worden. Dabei hat man wieder einmal den Gedanken erörtert, die Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert um zwei Jahre zu verlängern. Wie W.D. erfährt, hat diese Anregung keine Aussicht auf Verwirklichung, wenn man daran erinnert, daß erst vor kurzem die Regierungsparteien auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten selber sich dafür entschieden haben, die Wahl spätestens im Dezember oder Januar vorzunehmen. Für den Plan einer neuen Verschiebung hat sich besonders ein bekanntes Mitglied der Deutschen Volkspartei eingesetzt. Auch ist richtig, daß der Gedanke von den übrigen Parteivertrtern, soweit sie an der Aussprache beteiligt waren, beifällig aufgenommen wurde. Aber daraus folgt nicht ohne weiteres, daß auch ihre Fraktionen damit einverstanden wären. Jedenfalls befreitet heute die Germania entschieden, daß das Zentrum geschlossen für einen solchen Antrag eintreten wird.

300jährige Gedenkfeste.

Bad Domburg v. d. Höhe. Hier wurde gestern die 300jährige Wiederkehr der Gründung der Landgrafschaft Hessen-Domburg durch Festgottesdienst und feierliche Festfeier in der ehemaligen Schloßkirche und dem Museum begangen.

Sitzungsbericht.

Hamburg. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ist in Bremen das nationalistische Wirtelblatt „Der rote Sand“ beschlagnahmt und auf vierzehn Tage verboten worden.

Englische Kohlen für das befreifte Amerika.

Paris. Das amerikanische Schiffsamt hat erklärt, daß in den Häfen etwa 400 Schiffe zur Verfügung seien, die innerhalb 30 Tagen für den Kohlentransport in Dienst gestellt werden können. Infolge der in England gemachten großen Bestellungen sind die englischen Kohlenpreise, die in der letzten Zeit im Sinken begriffen waren, wieder befestigt und die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Wenn die Einfuhr genügend organisiert ist, rechnet man mit einem Kohlenimport aus England von monatlich zwei Millionen Tonnen englischer Kohlen. Zwischen dem 1. und 15. August werden vorläufig 500000 Tonnen Kohlen nach Amerika transportiert werden. Die amerikanische Streitkräfte entwickeln aber bereits eine lebhafte Tätigkeit, um diese Maßnahmen zu unterstützen. Das Exekutivkomitee hat erklärt, von den englischen Bergarbeitern bereits die Zusage erhalten zu haben, für Amerika keine Kohlen zu fördern.

Das amerikanische Hilfswerk für Rußland.

London. Der „Daily Chronicle“ schreibt: Nach Ansicht der Vertreter der amerikanischen Hilfsorganisation ist die Hungersnot in Rußland so gut wie beendet. Ob die Fortsetzung des amerikanischen Hilfswerkes im nächsten Winter notwendig ist, soll auf einer Konferenz amischen Hoover und einer Anzahl Detaillier an dem Hilfswerk, die Sonnabend von London nach Newport abgereist sind, entschieden werden.

Vermisst.

Schloßbruch in der Mark. Eine sechsstöckige Einbrecherbande hat das Herrenhaus des Rittergutes Dulsow in der Mark heimgesucht. Die Einbrecher drangen zur Nachtzeit in das Schloß ein und erbeuteten für über eine Viertelmillion Mark Silberzeug aller Art, darunter auch ein Wappenstein, das einen springenden Hirsch mit Krone zeigt. Im Speisezimmer packten die Verbrecher die ganze Beute in eine Wolldecke und in ein Licht mit der Zahl 1843 und verschwand dann und bemerkte, wie sie gekommen waren. Auf dem Heimwege nach Berlin trennten sie sich. Der polnische Gärtner Lubaß und der Arbeiter Kofsch, die der Bande angehörten, begegneten bald darauf auf der Landstraße bei Rauhen einem Landjäger. Da diesem die beiden auffielen, fragte er sie nach ihren Vorkämen. Lubaß sog statt einer Antwort sofort seinen Revolver und schlug auf den Beamten an. Dieser kam ihm zuvor, streckte ihn durch einen Schuß nieder und nahm auch Kofsch fest. Beide wurden nach Nauen gebracht. Kofsch gelang es, nachts zu entfliehen, er hat sich wahrscheinlich nach Berlin gewandt. Bei beiden fand man einen geringen Bruchteil der gestohlenen Silberfachen. Der größte Teil soll in einem Walde versteckt sein. Die an dem Einbruch beteiligten weiteren vier Mann sind noch nicht bekannt. Auf die Wiederbeschaffung der Silberfachen, die W. v. J. und W. v. S. gezeichnet sind, ist eine Belohnung von 25000 Mark ausgesetzt.

Autounfall.

Auf der Chaussee Eberswalde-Berlin stieß ein Auto, als es einen anderen Wagen überholte, auf einen Baum. Die Insassen, zwei Herren und zwei Damen, wurden kopfüber aus dem Wagen geschleudert. Der Herr, der den Wagen gesteuert hatte, erlitt schwere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus gebracht. Die übrigen Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Fliegerod. Der Flieger Helsen stürzte, wie auf Christiania gemeldet wird, in der Nähe von Ramfos mit seinem Flugzeug ab. Helsen und einer der beiden an Bord befindlichen Passagiere wurden getötet, der andere Passagier wurde schwer verletzt.

Recht und Wissenschaft.

Die Millionenerbschaft der Goethegesellschaft. Ein Fräulein Marianne Heyden in Offen hatte ihr gesamtes Vermögen im Betrage von etwa 12000000 Mark der Goethegesellschaft vermacht. Die Verwandten der Erblasserin haben unter Anrufung der Jurisdiktion die Erblasserin unter Anrufung der Jurisdiktion die Erblasserin Offen mit ihrer Klage abgewiesen. Nach einem mit der Weimarer Regierung geschlossenen Verträge erhält jetzt die Vereinigung der Freunde des Goethehauses und die Goethegesellschaft in Weimar je eine Hälfte des Erbes.

Drachlose Schnelltelegraphie. Infolge der außerordentlichen Zunahme der Funkbetriebsstellen ist der Verkehr in Gefahr, von Wellen aller Art überflutet zu werden. Während das englische Generalpostamt — ähnlich wie die deutschen zentralen Stellen — bemängelt war, die Einrichtung drahtloser privater Sendeanlagen nach Möglichkeit zu beschränken und dieses Vorgehen England vor ersten Anzuchtlichkeiten bisher bewahrt hat, sind diese s. B. in den Vereinigten Staaten bereits in härterer Weise hervorgerufen und haben zu nachträglichen Gegenmaßnahmen Veranlassung gegeben. Es scheint neuerdings indes, daß selbst die den amtlichen und dem Handelsverkehr dienenden drahtlosen Stationen von Europa unter erheblichen Nach-

festigen Störungen zu leiden beginnen, obwohl sie einen großen Wellenbereich — von 50 bis 60 000 Meter — zur Benutzung frei haben. Zweifellos wird die Verfeinerung der Abklimmung in den Empfangsapparaten mit der Zeit sich weiterhin verbessern und die Voge erleichtern. Trotzdem wird man gut tun, die Aufmerksamkeit für den großen Verkehr mehr als bisher der drahtlosen Schnellübermittlung zuzuwenden, welche die Seiten, während deren der Netzer benutzt wird, verkürzt und welche, wie man gefunden hat, auch eine merkliche Hilfe gegen lustelektrische Störungen gewährt. Schon vor dem Kriege — so be-

richteten die Verkehrsrichtungen — hat man drahtlose Schnelltelegraphie gelegentlich vorgeführt, Geschwindigkeiten von 100 bis 145 Worten in der Minute wurden dabei erreicht. Neuerdings ist es gelungen, auch mit höheren Geschwindigkeiten betriebmäßigen Verkehr zwischen entfernteren Stationen zu erledigen.

Sport
Schwimmen. Der S. C. „Otter“ von 1908, Riesa, veranstaltete gestern Sonntag bei 16° Wasserwärme ein

Dauer schwimmen von der Landungsbrücke Mündlich nach dem Elbbad Riesa. Von den 25 startenden Teilnehmern erreichten folgende das Ziel innerhalb 50 Minuten. Max Mania, Kurt Weinhardt, Kurt Claus, Walter Gellbuse, Kurt Hölle, Kurt Dreitschneider, Hans Goldis, Kurt Ritter, Kurt Müller, Rud. Weber, Theodor Knoll, Hahnelt; Fel. Gottsch Schöfer, Margu Horst, Hanna Helmedt, Charlotte Peter, Ilse Böbe, Käthe Pollak, Friede Schlieker. Als sichtbares Zeichen für 6 Kilometer Strömungsschwimmen erlebten die Betreffenden zum Tragen an dem Trikot einen vergoldeten Stern.

Kammerlichtspiele
 Hauptstraße

Heute zum letzten Male:
„Der rote Handschuh“ — 5. Teil.
 Ab morgen Dienstag bis Donnerstag
 — nur drei Tage —
 der große italienische Kunstfilm
„Quellen des Hasses“
 (Der Mann mit den Geheugen).
 — Sechs Akte! —
 Herrliche Landschaftsbilder der südländischen Länder bilden den Hintergrund zu diesem Filme. — Hierzu:
„Das geheime Kennwort“
 Sensationsfilm in fünf Akten.
 In **Künstlerkapelle** in
 Beginn der Vorführung 7¹/₂ Uhr.
 — Kassenchluss 9 Uhr. —
 Um recht regen Besuch bittet
 der Besitzer **R. Marek**.

Zentral-
Lichtspiel-Theater
Gröba.

Deute unabwehrlich letzter Tag: „Das große Ziel“, 3. Teil,
 sowie **Parold David** — Er und die Volkstoten.
 Dienstag bis Donnerstag

Der König von Colconda
 3. und letzter Teil: „Um ein Königreich“.
 Ferner:
 Der große Lustspielclinger **Der Gestrüppel**. In der Hauptrolle:
Lucie Dornane.
 Vorstellungen 7 und 9 Uhr. — Einlass 7¹/₂ Uhr.
 Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Anna Sach**.

Achtung.
 Neu eröffnet. Neu eröffnet.
 Bismarckstr. 65. Bismarckstr. 65.

Gold, Silber, Platin
 Gegenstände und Bruch
 wie Uhren, Löffel, Ringe, Ketten, Uhren,
 Armbänder, Schmuckstücke usw.

Brillanten u. Perlen
 sowie
ganze Gebisse
und einzelne Zähne.
Baark, Riesa, Bismarckstr. 65
 Edeleidherren.
 Strengste Diskretion.
 Auf Wunsch komme ins Haus.
 — Abschätzung kostenlos. —
 Kaufe auch von Händlern u. Dentisten.

Bereinsnachrichten

Spielervereinigung. Morgen abend 7 Uhr Jugendzusammenkunft, darnach Spielabschluss und Vorstandssitzung. Freitag Spielerszusammenkunft. Vollständig erscheinen!
 Frauenverein Gröba fällt morgen aus.

Brikett-Ausgabe
 für Riesa-Stadt
 Dienstag, 25. und Mittwoch, 26. Juli, auf Monat
Oscar Santusch.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anlässlich
 unserer Vermählung
danken hierdurch herzlichst.
 Neu-Gröba, 24. Juli 1922.
Karl Volkrah u. Frau Emma geb. Risse.

Das legen die Herrn
 auser Obermann's Weibsch.
 zur Vermählung ist

Jacob Finke
Friedrich Finke

am 24. Juli 1922. Die Vermählung hat bei uns glänzend und vor
 frohen. Zur Hochzeitsfeier ist eine große Anzahl von Gästen
 haben in allen Epochen, Dingen und Geschehnissen.

2 solide, anständige
Hausmädchen
 welche gleichzeitig das Bedienen der Gäste mit übernehmen, bei gutem Verdienst in angenehmer Stellung gesucht. Zu melden
 Mittwoch, d. 26. 7., zwischen
 3-5 Uhr nachm. im
Hotel Kronprinz, Riesa,
 Hauptstraße 33.

Hausmädchen
 per 1. oder 15. August
 gegen Tariflohn gesucht.
Sträßenmühle Riesa.

4 bis 5 Jahren an gelblichem
 Ausschlag mit
 Ausschlag

Herbst
Jugend

Ein halbes Gold Zucker's
 Patent - Medizinal - Seife
 habe ich das Abol 200g beiliegend.
 Dr. G. Volz, Berg. Dazu Leuko-
 Creme (nicht fetten und fettlos).
 In allen Apotheken, Drogerien und
 Parfümerien erhältlich.

Wir suchen
 für sofort oder später ein
junges
Mädchen
 aus guter Familie
 für den Verkauf.

Riedel

Eine Wagn,
 gleich welchen Alters, zu
 mieten gesucht.
 Gutsbei, Weichener,
 Weiba.

Gelucht
jüngerer Kaufmann
 (gute Handschrift)
 von fleißiger Hand.
 Angebote unter T U 9194
 an das Tageblatt Riesa.

Arbeitsburche,
 welcher mit Pferden um-
 gehen versteht, 17 bis
 19 Jahre alt, sucht für
 sofort oder 1. August
Carl Planer, Gröba.

Tüchtigen, gewandten
Gehstpflicker
 stellt ein
Carl Jäger, Gröba.

1 Teppich
 sehr gut erb., preisw. a. verk.
 zu erst. im Tagebl. Riesa.
 Verfügl. vorm. d. 8-11 Uhr.

Für die Beweise liebevoller Teilnahme
 beim Heimzuge unserer lieben Tante
Frau verw. Schmiedemeister
Wilhelmine Jakob geb. Zschernig
 sagen wir allen nur hierdurch unsern
herzlichsten Dank.
 Riesa, 24. Juli 1922.
Ignaz verw. Hempel geb. Bichernig
Georg Wöblich und Frau
Marie geb. Bichernig.

Statt Karten!

Die Verlobung ihrer Tochter
 Hilde mit Herrn Reichsbankinspektor
 Carl Seeger beehren sich nur hier-
 durch bekanntzugeben

Alfred Heyn und Frau
 Melanie geb. Walter.

Seine Verlobung mit Fräulein
 Hilde Heyn, Tochter des Herrn
 Kaufmann Alfred Heyn und seiner
 Gemahlin Frau Melanie Heyn geb.
 Walter, beehrt sich nur hierdurch
 anzuzeigen

Carl Seeger
 Reichsbankinspektor.

Riesa, im Juli 1922.

Beim Heimzuge meiner lieben un-
 geliebten Frau, unserer lieben guten,
 fürsorglichen Mutter, Schwester, Schwägerin
 und Tante sind uns so viele herzliche Be-
 weise der Liebe und Anteilnahme Anteil
 geworden, für die wir hiermit unseren
herzlichsten Dank
 aussprechen.
 Riesa, den 24. Juli 1922.
 In tiefster Trauer
Alfred Tans und Kinder
 nebst übrigen Hinterbliebenen.

Am 20. Juli ging in Bad Lipp Springs nach langem schweren,
 mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, die treu-
 sorgende Mutter ihrer Kinder, unsere liebe Schwester, Schwägerin,
 Schwiegertochter und Tante

Frau Martha Hupka
geb. Schreiber

im blühenden Alter von 28 Jahren in die Ewigkeit ein.
 Die Beisetzung erfolgte am 22. Juli in Bad Lipp Springs.

Um stilles Beileid bittet
Karl Hupka
 zugleich im Namen
aller Hinterbliebenen.

Leipzig-Kleinsohcher, Glasserstr. 47.

Badeneinrichtung:
 1 Schrank m. Glaskasten,
 1 Regal m. 30 Kästen u.
 1 Bank, 1 Bismarckfahnen m.
 Glascheide, 1 Paar neue
 Schuhe, Gr. 40, zu verk.
 zu erst. im Tagebl. Riesa.

Altkupfer
Altmessing
 kauft als Selbstverbrauch.
Franz Müller, Hauptstr. 53
 Fernruf 518.

Gehr. ov. Tisch zu verk.
 zu erst. im Tagebl. Riesa.

Statt besonderer Anzeige.
Ein treues Mutterherz hat aufgehört
 zu schlagen.
 Am 23. d. M. morgens 7 Uhr verchied
 nach langem schweren, mit großer Geduld
 getragenen Leiden meine liebe Frau, unsere
 gute Mutter, Tochter, Schwester und
 Schwägerin, Frau

Selma Kümmel
 geb. Richter, im frühen Alter von 42 Jahren.
 In tiefster Trauer
Gustav Kümmel und Tochter
 nebst Mutter und Geschwistern.
 Neuwieda, 23. Juli 1922.
 Die Trauerfeier findet Dienstag mittag
 1 Uhr im Trauerhause statt. Die Ein-
 säderung erfolgt Mittwoch mittag 1¹/₂ Uhr
 im Arematorium in Dresden.

Auße
 laufend jedes
 Quantum
 Weib., Motiv. u.
 Cognat-Flaschen.
 Größere Mengen
 hote selbst ab.
Richard Diebicher
 Riesa, Elbstr. 2, Tel. 694.
 Neue und gepflegte
Pianos
 preiswert zu verkaufen.
 Richters Musikhaus.
Briteltausgabe
 im Hofe
 Dienstag, den 25. Juli,
 vorm. von 1¹/₂ bis 11 Uhr
 Nr. 1-400, nachm. von
 2-5 Uhr Nr. 401-850.
Richard Sehnert,
 Gröba.

Neue Kartoffeln
 Pfund 5 M., zu verkaufen
 Riesa, Mundteil 2a.

Welschkraut
 und Kohlrabi
 verkauft Stadtgärtner
 täglich 8-11 Uhr.

Morgen früh
frische Seefische.
Ernst Schäfer Nachf.

Morgen früh
frische Seefische.
Elemens Bürger.

Die heutige Nr. umfasst
 8 Seiten.

Bayern und das Reich.

Aus Berlin schreibt man uns: Geradezu eine leidige Frage ist die Spannung zwischen Bayern und dem Reich geworden. Es gibt keine den Gesamtorganismus des Reichs berührende Frage, in der nicht mehr als mit den andern Ländern die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung offen zutage treten und eine Schärfe annehmen, die die deutsche Einheit allmählich in immer schwerere Gefahr bringt. Die Krise, die jetzt nach den Verhandlungen zum Schutze der Republik entstanden war, die auch nicht gemildert ist dadurch, daß die Verordnungen durch ein verfassungsmäßig wirksames Reichsgesetz ersetzt sind, besteht aber nicht allein zwischen der bayerischen Regierung und dem Reich, sondern zwischen dem bayerischen Volke und diesem. Durch Personenwechsel kann also nichts geändert werden und so betrüblich es ist, man muß einsehen, daß ein großer Teil des deutschen Volkes, in Bayern die weitüberwiegende Mehrheit, mit dem Kurse der Reichsregierung nicht einverstanden ist. Es liegt vornehmlich an der mangelhaften psychologischen Einstimmung beider Teile. Und man kommt darüber nicht hinweg, indem man durch ein Kompromiß die augenblickliche Verschärfung auszugleichen sucht.

Es wäre irrig, anzunehmen, daß der Streit um die Regierungsform, ob Monarchie oder Republik, die nunmehr lebende Wunde geschlossen hat. Auch ist es zu verneinen, daß die Reichsregierung benützt oder mit Absicht das bayerische Volk vor den Kopf gestoßen hätte, aber es ist eine bedauerliche Tatsache, und folgt aus der parteipolitischen Schärfe, daß ein Volk, in dem achtzig Prozent mindestens nicht sozialistisch denken, sich im Gesamtorganismus, der maßgebend von Sozialisten beeinflusst wird, sich nicht recht wohl fühlt, und die dauernde Feindschaft gegen das angebliche antirepublikanische Bayern im Reichstage hat selbstverständlich seine Wirkung auf Bayern nicht verfehlt, das bayerische Volk ist fast in seiner Gesamtheit in das gegenfällige Falschwasser getrieben. Bayern hat außerdem die Schreden einer kommunikativen Diktatur am eigenen Leibe erleben müssen, die sozialistische Rücksicht dagegen wird dort nicht verstanden, man fühlt sich zurückgesetzt, die Gleichberechtigung der deutschen Volksstämme durchbrochen, und die Folge davon ist der Widerstand gegen das, was vom Reich Bayern gegen seinen Willen aufzugesungen wird.

Das Gesamtgebilde des deutschen Reiches darf aber keine Zwangsburg für die deutschen Volksstämme sein, sondern soll ein Mittelpunkt und eine Sammlung der gleichen Interessen, der gleichen Lebensnotwendigkeiten bedeuten. Auch Bayern trägt an den gleichen Lasten, die das deutsche Volk niederdrücken, zum gleichen Teile mit. Bayern ist nicht nur auf das Reich, sondern auch das Reich auf Bayern angewiesen. Mit den Schlagworten „hier treu republikanische Gesinnung“, „dort monarchistische Reaktion“ wird nichts geholt, sondern der Gegensatz nur verschlimmert. Man muß dann in der Zukunft, von der republikanischen Freiheit erst noch ausdrücklich fordern, daß sie Gedankenfreiheit gibt? Wie haben überall in Deutschland infolge der unglücklichen Entartungen auf beiden Seiten schwer schädliche Spannungen entstehen sehen müssen, deren Tragweite noch garnicht abzuschätzen ist, aber jedenfalls läßt sich sagen, daß mit der Buchtrute heute am allerwenigsten republikanische Reichsbürgerschaft gesucht werden kann. Will man diese auch bei denen erwecken, die grundsätzlich anderer Meinung sind, so sollte man doch zunächst die selbstüberhebliche Betonung der neuen Staatsform beiseite lassen. Die Leute, die irgendwie gewalttätig oder gerade lezt die Verfassung ändern wollen, sind in so kleiner Minderheit, daß sie niemals eine Gefahr bedeuten können, wenn nicht noch die in ihr Lager getrieben werden, die treu dem Volke dienen, ohne sich gerade mit der gegenwärtigen Partei- und Regierungskonstellation besonders innig verbunden zu fühlen.

Die jetzige Lage.

Bayerische Blätter und telegraphische Nachrichten aus Bayern verbreiteten die Meldung, die bayerische Regierung habe bei der Reichsregierung die Abberufung des Vertreters der Reichsregierung in München, Grafen von Jech verlangt. Es ist richtig, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld in einem Schreiben an den Reichskanzler unter Hinweis auf die aus der bayerischen Presse bekannten Angriffe gegen den Grafen Jech in Verbindung mit dem Prozeß Leopredting, die auch zu einer Interpellation der Bayerischen Volkspartei geführt haben, die Abberufung des Grafen Jech nahegelegt hat. Graf Jech war Sonnabend zur Berichterstattung beim Reichskanzler in Berlin anwesend und ist auf seinen Posten nach München zurückgekehrt. Die Meldung, daß die Abberufung des Grafen Jech erfolgt sei, ist unrichtig.

Nach einer Meldung der Montagspost aus München soll das bayerische Staatsministerium mit Stimmensmehrheit beschlossen haben, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayerische Staatsregierung das materielle Recht des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt, jedoch den Vollzug den bayerischen Staatsanwaltschaften und den Volksgerichten überträgt und damit für Bayern die Wirksamkeit der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes ausschaltet. Die Mehrheit des bayerischen Ministeriums glaubt, sich bei diesem Vorgehen auf Artikel 48 der Reichsverfassung stützen zu können, in dessen letzten Absatz den Ländern das Recht eingeräumt wird, wenn Gefahr im Verzuge ist, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Mehrheit des bayerischen Kabinetts hat ferner beschlossen, das Reichsstrafgesetzbuch nicht als rechtsverbindlich zu erklären und seinen Vollzug in Bayern nicht zu gestatten. Die demokratische Partei in Bayern erachtet durch diese Beschlüsse die bisherige Regierungspolitik für durchbrochen und erklärt die Regierungsopposition für gesprengt, da die beschlossenen Maßnahmen mit der Reichs- und Landesverfassung nicht vereinbar seien. Der demokratische Handelsminister Stamm hat daher dem Ministerpräsidenten Graf Verchenfeld seinen Rücktritt angedeutet. Da der Beschluß des bayerischen Staatsministeriums die Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei im Landtag finden wird, wird die Regierung über eine Mehrheit verfügen. Der bayerische Bauernbund wird heute Montag zur Lage Stellung nehmen.

Zum Fall Leopredting.

Von zuständiger Seite wird aus Berlin geschrieben: In zwei Veröffentlichungen des Bayerischen Kuriers in München vom 18. und 20. Juli werden zu der Angelegenheit des wegen Hochverrats beurteilten Freiherrn v. Leopredting Behauptungen aufgestellt, welche die diesbezügliche Erklärung des bayerischen Telegraphenbüros vom 7. Juli sowie die Erklärungen des Vertreters der Reichsregierung in München entkräften sollen. Es handelt sich dabei um eine ganz einseitige Darstellung, die ein völlig falsches Bild ergibt. Demgegenüber kann nur nochmals auf die bereits gegebene Darstellung der Beziehungen der Reichsstellen zu Leopredting vom 7. Juli hingewiesen werden. Insbesondere muß wiederholt werden, daß der Reichskanzler keinerlei Beziehungen zu

Die deutsche Antwort an das Garantiefomitee.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Sonnabend dem Präsidenten der Delegation des Garantiefomitees in Berlin übergebene Antwortsnote des Reichskanzlers vom 21. Juli hat folgenden Wortlaut:

Der Präsident!

In Erwiderung des Schreibens des Garantiefomitees vom 18. d. M., durch welches mir das Ergebnis der Beratungen des Garantiefomitees mit den deutschen Vertretern über die von der Reparationskommission gewünschte Nachprüfung der Einnahmen, der Ausgaben und der schwelgenden Schuld sowie über die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und wegen der statistischen Erhebungen mitgeteilt worden ist, beschreibe ich mich folgendes mitzutellen: Trotz der schweren Belastung, welche die vorgeschlagenen Maßnahmen für Deutschland bedeuten, will die deutsche Regierung es auf sich nehmen, sie für die Dauer des Moratoriums auszuführen. Wenn sie sich hierzu nach eingehender Überlegung entschlossen hat, so war für sie die Ermäßigung bestimmend, daß durch die im Memorandum vorgeschlagenen Maßnahmen die in dem Notenwechsel vom 21. März bis 14. Juli behandelten Fragen über abschließende Regelung finden, und daß damit gleichzeitig für die Reparationskommission die Grundlage einer Entscheidung geschaffen wird, welche der gefährlichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands, wie sie in der Note vom 12. Juli dargelegt ist, Rechnung trägt. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die im Memorandum erwähnten Maßnahmen über die Nachprüfungen in Uebereinstimmung mit den Grundlagen zur Ausführung gelangen werden, welche bei der Abfassung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reichs, Aufrechterhaltung des ungestörten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftsgheimnisses. Was die Bekämpfung der Kapitalflucht anlangt, so sieht die deutsche Regierung sich gezwungen, die Notwendigkeit zu betonen, daß die Entscheidung des Obersten Rates der alliierten Mächte vom 13. August 1921 jetzt durchgeführt wird. Sie bittet das Garantiefomitee, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken.

Genehmigen Sie Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung, ge. Dr. Wirth.

In den Herrn Präsidenten des Garantiefomitees, Paris.

Poincarés Meinungsäußerung mit der Reparationskommission.

Davos meldet: Die Presse veröffentlicht sich teilweise widersprechende Meldungen über gewisse Bemerkungen, die Poincaré über das von Deutschland beantragte Moratorium zu Abgeordneten getan haben soll. In ermittelten Kreisen wird erklärt: Mögen diese oder jene Meldungen richtig oder nicht richtig sein, wahr ist auf alle Fälle, daß Poincaré am 19. ds. Wts. eine Note ausgearbeitet hat. Aber diese Note gibt nur die Gedanken des Ministerpräsidenten zu jener Zeit wieder, als er mit dem Entwurf der Note beschäftigt war und den Bericht des Garantieausschusses noch gar nicht in Händen hatte. Unter diesen Umständen kann die Note natürlich nicht die endgültige Meinung des Chefs der französischen Regierung sein. Sinngemäß muß außerdem noch werden, daß Poincaré sich dauernd mit den Abgeordneten von der Reparationskommission im Briefwechsel befindet und daß er mit Dubois und Mitgliedern der Kommission einen regen Meinungsaustrausch hatte. Aus dem gesamten Schriftwechsel und den Unterredungen geht nun unabweisbar die Ansicht der französischen Regierung hervor, sie kann aber nicht aus einer unvollständig redigierten Note hervorgehen, die außerdem noch ergänzende Bemerkungen erforderlich machen würde.

Beratungen zwischen Poincaré und Lloyd George.

Davos berichtet: Am Quai d'Orsay wird behauptet, daß Ministerpräsident Poincaré sich bereit erklärt hat, mit Lloyd George in den ersten Tagen des August in London über die Frage des deutschen Moratoriums zu verhandeln. Die englische Regierung sei offiziell verhängnis worden, daß Ministerpräsident Poincaré vom ersten August ab zu Beratungen zur Verfügung stehe. Nach dem „Temps“ scheint es so gut wie sicher zu sein, daß die Beratungen der beiden Premierminister am ersten August in London beginnen und daß sich an diesen beteiligen werden Lord Balfour, Sir Robert Horne, Finanzminister de Lasteyrie und der politische Direktor im französischen Außenministerium Graf de la Rocca.

Eine englische Kritik.

Einen sehr bemerkenswerten Artikel in der „Sunday Times“, denen man im allgemeinen besondere Deutschlandkenntnis nicht nachsagen kann. Das Blatt schreibt, die Völker müßten rechtlich regiert werden: sie müßten sich von den Idealen leiten lassen, für die man den Krieg geführt habe, und nicht von den

Leopredting gehabt hat. Die Mitteilungen Leopredtings sind ihm sowie den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung überhaupt nicht zur Kenntnis gekommen. Diese Mitteilungen haben niemals für die Ansichten und Entschlüsse der Reichsregierung nur die geringste Rolle gespielt. Es sei auch zum wiederholten Male festgestellt, daß Leopredting weder für sich noch gar für die Tätigkeit, die zu seiner Verurteilung geführt hat, von einer Reichsstelle Geld erhalten hat. Leopredting stand in keinem irgendwie gearteten Auftragsverhältnis zu einer Reichsstelle. Ob er sich unbedeutenderweise etwa Briefformulare mit dem Aufdruck des Auswärtigen Amtes verschafft hat, ist nicht mehr festzustellen. Eine Behauptung, solche zu besitzen, hätte er selbstverständlich nicht. Er hat nicht nur in der Geschäftsabteilung der Reichsregierung, sondern auch in der amtlichen bayerischen Pressestelle verkehrt. Hieraus Vorwürfe gegen die Besondere abzuleiten, beweist nur völlige Unkenntnis des Betriebes einer Pressestelle. Mit Aufzeichnungen und Denkschriften hat Leopredting die in Frage kommenden Stellen allerdings in überreicher Zahl besucht. Er wurde auch aus Rücksicht auf seine teilweise wirklich vorhandenen Beziehungen mit bayerischen Kreisen soweit möglich empfangen. Jedoch wurde seinen zahlreichen Anregungen, insbesondere den immer wiederkehrenden Bitten um finanzielle Unterstützung seiner journalistischen Tätigkeit niemals Folge geleistet. Politische Informationen hat Leopredting sowohl in der Geschäftsabteilung der Reichsregierung als in der bayerischen Pressestelle erhalten. Die Darlegungen des bayerischen Kuriers, die sich auf eine ganz einseitige und lückenhafte Kenntnis der Vorgänge stützen, stellen sich als ein Versuch dar, weitere Verunreinigung in die bayerische Veröffentlichung hineinzutragen. Dies geschieht in einem politisch besonders kritischen Zeitpunkt. Die Absicht ist ohne weiteres erkennbar. Man will aus den Beziehungen des Leopredting zu Berliner Stellen, die für den Prozeß von untergeordneter Bedeutung waren, eine Staatsaktion machen, um auf diese Weise bestehende sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen zu verschärfen und zu vertiefen. Dies kann im Interesse der inneren Einheit des deutschen Volkes nicht scharf genug verurteilt werden.

Feinden, die zum Kriege geführt hätten. Die Völker müßten gegen sich selbst und gegen die anderen Völker, mit denen sie in Berührung stehen, ehrenhaft sein. Frankreich sei in der Reparationsfrage nicht vollständig ehrenhaft. Poincaré kritisierte fortwährend herum, weil er glauben machen wollte, daß Deutschland bezahlen würde, während er zweifellos das ganze Problem bereits genügend studiert habe, um es zu verstehen, aber, wenn er es nicht verstehen könne oder verstehen wolle — der Unterschied bedeute wenig —, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die ganze Entschädigung zu bezahlen, die von ihm gefordert werde.

Die deutschen Sachlieferungen.

Ueber die vorgestrige Sitzung des beratenden Ausschusses für die deutschen Sachlieferungen in Paris berichtet „L'Echo de Paris“, Minister Kibel sei für die Anwendung des Minimalzolltarifs mit einem noch zu bestimmenden Koeffizienten für die Erhöhung der Zollsätze. Die deutsche Ware würde also nach dem Tarife für die weitestbeschränkten Rationen behandelt werden, aber man würde Zulasssätze erheben, sobald die Sachlieferungen diesseits der französischen Grenze sein würden. Der entgegengegesetzte Standpunkt, der von dem Vorsitzenden der Industrievertreter ausgearbeitet wurde, zielt darauf ab, die deutschen Waren dem Maximaltarif zu unterwerfen, wobei jedoch gegebenenfalls im französischen Inlande Rückzahlungen erfolgen würden. Man sei schließlich zu einer Verständigung gelangt, die sehr vorläufig, wenn nicht problematisch zu sein scheint. Tatsache sei, daß vor allem beschlossen wurde, am Mittwoch im Ministerrat die Anwendung des Minimalzolltarifs vorzuschlagen. Man habe aber noch vor Mittwoch in einer Sitzung über einen Zolltarif zu verhandeln, der zwischen beiden Extremen die Mitte halte.

Entgegen dem von der Regierung in der Frage der deutschen Sachlieferungen vertretenen Standpunkt haben am 20. Juli die Vorsitzenden der baltischen Ausschüsse für den industriellen Wiederaufbau in einer Entscheidung darüber erachtet, daß mit der Bekämpfung, Ermäßigung und Verteilung der Sachlieferungen das Zentralenkaufsbüro und dessen Zweigstellen in der Provinz beauftragt werden.

Frankreich und das Sachlieferungsabkommen.

Aus Paris wird gemeldet: Der Verband für Sachlieferungen hat Freitag unter dem Vorsitz des Ministers für die bereicherten Gebiete getagt. Der Minister erläuterte die Bedingungen, unter denen seine Verwaltung die Ausführung des Wiesbadener Abkommens bewerkstelligen werde, um etwaigen Schädigungen der Interessen der Industrie vorzubeugen, sowie des Schutzes der Rechte der Bedrängten. Der Ausschuss hat alsdann die Frage des Zollregimes behandelt. Man hat sich grundsätzlich auf einen speziellen Tarif geeinigt, der in kurzer Zeit angewandt werden soll unter Vorbehalt späterer Abänderung. Der Minister will mit dem konsultativen Ausschuss in Fühlung bleiben und hat eine neue Sitzung in 14 Tagen anberaumt, um über die ersten Ergebnisse der Ausführung des Wiesbadener Abkommens zu berichten und um nötigenfalls Maßnahmen zu treffen, die sich aus der Praxis ergeben könnten.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

W. T. U. meldet aus Berlin: Die Reparationskommission hat entschieden, daß Deutschland vom 1. 8. d. J. ab monatlich 1 725 000 Tonnen Kohle gegenüber einem bisherigen Soll von 1 916 000 Tonnen an die Entente abzuliefern hat. Hierzu sind enthalten 620 000 Tonnen Roßk., 1 000 000 Tonnen Kohlefeinkohle und 125 000 Tonnen oberste Kohle, welche letztere Deutschland von Polen kaufen soll. Sortenmäßig sind dabei die dringend verlangten Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Programm nicht eingetreten. Mengemäßig ist die Ermäßigung durchaus unzureichend, indem die deutsche Forderung auf Herabsetzung des Solls um rund 600 000 Tonnen nur zu einem Drittel berücksichtigt ist. Diese Forderung war wohl begründet durch den Verlust Obersehleusens und den Rückgang der Ruhrförderung, die zusammen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergeben. Indem das neue Programm angesichts der verschärferten Kohlenkrisis die deutsche Wirtschaft noch härter belastet als das bisherige, dessen Undurchführbarkeit die Praxis erwiesen hat, läßt das Diktat der Reparationskommission die im Friedensvertrag vorgeschriebene Verdrückung der deutschen Wirtschaft völlig vermissen. Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms unmöglich.

Die Teuerungszuschläge für die Beamten.

Die am Sonnabend vormittag im Reichsfinanzministerium begonnenen Beratungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben am Sonntag in früher Morgenstunden zu einer Verständigung geführt. Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der eruchten Finanzlage des Reiches einigte man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der gesetzgebenden Körperschaften bei den Beamten- und Angestelltenbezügen dahin, daß der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. 7. um 55%, also von 105 auf 160%, vom 1. 8. um 80%, also auf 185% erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24% und für August um rund 34%. Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Verhandlungen hierüber werden am 24. d. Wts. fortgesetzt. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge wird mit größter Beschleunigung erfolgen.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen in Dresden.

In Dresden beginnen am 1. September die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, nachdem die in Warschau stattgefundenen Vorbesprechungen abgeschlossen sind. Als Verhandlungsorte sind nach einem deutschen Kompromißvorschlag Dresden und Warschau bestimmt worden. Welche Teile der Verhandlungen in Dresden und welche in Warschau erledigt werden sollen, wird von den Delegierten von Fall zu Fall entschieden werden. Jedenfalls sollen je 50 Prozent der Gegenstände in den beiden Orten zur Verhandlung kommen. Ueber das Ergebnis der Vorbesprechungen wird mitgeteilt, daß beschlossen wurde, ein gemeinschaftliches Programm über die Verhandlungspunkte festzustellen. Darüber hinaus haben die Vorbesprechungen aber auch materielle Ergebnisse gehabt: Man hat sich über ein Abkommen geeinigt, wonach sich die deutsche Regierung

verpflichtet, Ausfuhrerlaubnis nach Polen so zu behandeln, wie die Ausfuhrerlaubnis nach anderen Ländern behandelt werden. Polen verpflichtet sich dafür, fernerhin den Transit russischer Waren durch Polen zu gewähren. Die Ausfuhrerlaubnis dieses Prinzips ist sofort in die Wege geleitet worden. Außerdem hat man sich noch über einige andere materielle Punkte von geringerer Bedeutung verständigt.

Aufruf an die Arbeiter der Welt.

Die in Amsterdam tagende Konferenz der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen hat einen Aufruf an die Arbeiter der Welt beschlossen, in dem es u. a. heißt: Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationalen (London) und der Internationalen Arbeitergemeinschaft (Genève) appellieren die denkwürdigen Arbeiter zu ihrem gewaltigen und ermutigenden Freiheitskampf, um ihre Freiheit zu verteidigen und die Reaktion niederzuerwerfen. Sie hoffen, daß es der deutschen Demokratie gelingen werde, den den Frieden der Welt bedrohenden monarchistischen und militaristischen Treiben ein Ende zu bereiten. Gleichseitig geben sie dem Vertrauen in den Willen des demokratischen Deutschlands Ausdruck, den Wideraufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu sichern.

Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltfriedens, die deutsche Republik zu errichten und ihr beizukommen. Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Senkung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Ruin, und weiß es so der Reaktion in die Arme. Die Politik der Gewalt gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen. Sie bräufst die deutsche Reaktion, heizt die Feindschaft der Republik, fördert das wirtschaftliche Chaos und treibt die Massen zu verzweifelterm Handeln. Die internationalen Schulden müssen reduziert werden. Nur auf diesem Wege erhebt sich die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die Exekutivkomitees an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Die Konferenz erwartet von den Vereinten Staaten, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mithelfen, um die zerstörte Wirtschaft Europas wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921 unmissverständlich aufzuheben. Unter Vorbehalt auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verweigern die Exekutivkomitees nachdrücklich alle Kontingentsmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik berühren. Sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen. Der ökonomische Wiederaufbau und der Wirtschaftserfolg, daß die Arbeiter aller Länder mit all ihrer Kraft gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung kämpfen. Jegliches fremde finanzielle Einmischen und auch Deutschland das verhängte Interdiktum gestrichelt werden. Bis durch eine unparteiische Untersuchung keine wirkliche Leistungsabgabe festgestellt ist oder Verbesserungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

Die Konferenz richtet zum Schluß an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, für diese Ideen eine unermüdete Propaganda zu entfalten.

Die Lage des Völkerbundes.

Aus London wird gemeldet: In der Sitzung des Völkerbundesamts am Freitag vorstimmte beratschte der Generalsekretär über die Resolutionen der Pariser Konferenz zur Bekämpfung von Zensur und ersuchte den Gesundheitsausschuß, die deutschen Vertreter auszuladen. Darauf wurden einige technische und wirtschaftliche Entschlüsse angenommen. Der Bericht über den Devisenhandel wurde dem Finanzkomitee mit gewissen Abänderungen zurückgegeben, damit dieser bis zur nächsten Völkerbundversammlung im Dezember ihn nochmals erörtert. Die zwei wichtigsten Punkte in dem Bericht des Finanz- und Wirtschaftsausschusses betrafen die die Kapitalabwanderung und die Doppelbesteuerung. Das Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung, der Völkerbund möchte in gewissen Fragen zwischen ihr und ihren Gläubigern als Schlichter auftreten, wurde vom Ausschuss zur Annahme empfohlen. Bezüglich der Frage der Doppelbesteuerung wurde hervorgehoben, daß in der gegenwärtigen Zeit sich die hohe Einkommensteuer nötig mache, Firmen, die in mehr als einem Lande Handel zu treiben wünschen, würden nicht durch die Erhebung der Doppelsteuer entmutigt. Andererseits würde das zurückgestellte Abkommen über die Doppelbesteuerung von großem Nutzen sein, um Anzeichen zur Feststellung der Bewegung von Kapital von einem in ein anderes Land zu erhalten. Bei der Annahme des Beschlusses ersuchte der Völkerbundrat auf Antrag Britains das Finanzkomitee, die am besten geeigneten Mittel zur Förderung der Stabilität des Geldes zu erwägen.

Am Sonntag vormittag beendete der Völkerbundrat die ausführliche Prüfung der Mandate für Syrien und Palästina. Der Rat beschloß einstimmig, daß die Verhandlungen für das französische Mandat über Syrien und das britische Mandat über Palästina bestimmt werden sollen, um automatisch in Kraft zu treten, sobald zwischen der französischen und der italienischen Regierung über einige Detailsfragen, die jetzt in Paris erörtert werden, eine Einigung erzielt worden ist. Am Montag nachmittags wird eine kurze öffentliche Sitzung stattfinden. Die Mitglieder des Völkerbundes werden hierbei ihre formelle Zustimmung zu den beiden Mandaten abgeben.

Nichtbefriedigende Umfrage über die Rüstungen.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht eine Mitteilung über die Beratungen des 3. Unterausschusses der zeltweiligen gemischten Abrüstungskommission, die vom 21. bis 23. Juli in Genf mit der Beratung der bisher eingelieferten Antworten auf die von der Völkerbundversammlung angeordneten Umfragen über den Stand der Rüstungen der einzelnen Mächte beschäftigt war. Aus der ziemlich ausweichend und zurückhaltend abgefaßten Mitteilung geht hervor, daß die bisherigen Ergebnisse nicht sehr aufschlussreich und zweifelhaft sind und sich vor allem auf die Vorkriegszeit beziehen. Was die Nachkriegszeit betrifft, so beschloß der Unterausschuß, künftig nicht das Jahr 1921, sondern das Jahr 1922 als Vergleichsdatum mit der Vorkriegszeit zu benutzen. Er stellte ferner fest, daß es ihm trotz aller Anstrengungen nicht möglich war, aus den offiziellen Darstellungen der verschiedenen Regierungen die von der letzten Versammlung gewünschten Aufklärungen zu gewinnen, und beschloß, den Völkerbundrat aufzufordern, sich direkt mit den einzelnen Regierungen auf Grund eines neuen Fragebogens in Verbindung zu setzen. Im übrigen weist die Mitteilung auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Arbeit des Ausschusses entgegenstellen. Eine sofortige Veröffentlichung der bisher erhaltenen Ergebnisse ist nicht geplant. Der Völkerbundrat soll eine provisorische Darstellung geben. Ueber die endgültige Form einer etwaigen Veröffentlichung soll erst später beschlossen werden. Der Ausschuss wird kurz vor dem Zulammentritt der nächsten Völkerbundversammlung noch einmal zusammentreten.

Der 22. Weltfriedenskongress der Friedensgesellschaften

findet vom 25. bis 29. Juli 1922 in London statt und wird sich in der Hauptsache mit den Fragen der wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und demokratischer Kontrolle der auswärtigen Politik befassen.

Ein transkaukasischer Bundesrat.

Der durch Bündnisvertrag zwischen dem Sowjetrepublikan: Georgian, Armenien, Aserbeidschan vom 12. März geschaffene transkaukasische Bundesrat ist nunmehr ins Leben getreten. Die Vollkommissionariate für auswärtige Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten sind aufgelöst worden. An ihre Stelle ist als Organ der auswärtigen Politik Transkaukasiens der aus dem Präsidenten der drei Republiken bestehende Bundesrat getreten. Mit der Leitung der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten bei diesem Bundesrat ist vorläufig der Russe Andrejew, bisher Chef des Russen Konsulats in Tiflis, betraut worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein „Ausflug für Alkoholverbot in Deutschland“ hat sich dieser Tage in Darmstadt gebildet. Seine Leitung liegt in den Händen des früheren hessischen Innenministers Dr. Stroder. Ihm gehören ferner an Hr. von Bänder, Dresden; Prof. Gaupp, Tübingen; Arbeiter Gauau, Frankfurt a. M.; Franziska Kühn, Hamburg; Prof. Hoffmann, Breslau; Hr. Lohmann, Bielefeld; Seminarleiter Dr. Meise, Frankfurt a. M.; Ingenieur Kleber, Frankfurt a. M.; W. W. W. W., Stuttgart; Prof. Hans Schmidt, Gießen; H. W. W. W., Berlin. Der Ausflug hat sich die Aufgabe gestellt, der amerikanischen Verbotsgesetzgebung in Deutschland zur rechten Bildung und wenn möglich zur Nachahmung zu verhelfen. Eine Probeabstimmung fand gestern in Bielefeld statt.

Vom Internationalen Arbeitsamt. Am 25. Juli wird in Interlaken die 13. Session des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes eröffnet, zu der elf Regierung Vertreter abgeordnet haben. Ferner nehmen den Beratungen teil: sechs Vertreter der Arbeitgeber, sechs Arbeitervertreter, sowie eine Anzahl von Sachverständigen und Mitarbeitern.

Der Reichspräsident wird am 28. Juli Magdeburg und die Mitteldeutsche Ausstellung besuchen.

Wichtige Zwischenfälle in Russland. Am gestrigen Demonstrationstage der kommunistischen Jugend des Russen Unterbezirks gegen die reaktionäre Jugendverbände kam es zu ersten Unruhen zwischen den Kommunisten und den Studenten der Moskauer Bergakademie. Die Kommunisten plünderten die Häuser und Wärfen der studentischen Korporationen und verbrannten die Möbel und die Umkleien. Es gab bisher einen Toten und mehrere Schwerverletzte. Die Unruhen dauern an.

Munitionsfunde im Kreise Soldin. Im dem Staatsforst der Oberförsterei Garzia (Kreis Soldin) wurde von Arbeitern ein großer Munitionstempel entdeckt. Man fand 50000 Infanteriepatronen, eine Mine Leuchtmunition, 9 Riffler leichte Maschinengewehrmunition, 30 Riffler schwere Maschinengewehrpatronen, 46 Wärfen Rebellpatronen, 40 Wärfen Maschinengewehrpatronen, 12 Wärfen für Maschinengewehr und viele Munitionsgeschosse. Der Fund wurde vom Landrat beschlagnahmt.

Der Dollarkurs. Der Dollar notierte am Sonnabend vormittag in Berlin 505.

Polen.

Korianty erledigt. Da der Klub der Verfassungs-freunde Korianty die weitere Unterstützung verlangt hat, ist dessen Wahl zum Ministerpräsidenten erledigt. Wilkisi wird nunmehr die Bildung eines über den Parteien stehenden Kabinetts vornehmen.

Republik Oesterreich.

Die Entscheidung der Reparationskommission. Sämtliche Wiener Blätter begrüßen die Entscheidung der Reparationskommission als ein Ereignis von gar nicht absehbarer Bedeutung. Die Gelade eines unmittelbaren Zusammenbruchs sei vorläufig beseitigt, und die Rückmeldung auf den Stand der Krone dürfte nicht lange ausbleiben. Die Freigabe der Länder ermöglichte eine längere Atempause und bilde die unbedingt notwendige Ergänzung für den Finanzplan. — Auf die Nachricht von der Aufhebung der Vandalen seitens der Reparationskommission war an den Schaltern der Oesterreichisch-ungarischen Bank der Andrang des Publikums, das sich seiner Balken entledigen wollte, am Sonnabend so groß, daß Polizei aufbehalten werden mußte.

Der Sozialdemokrat Sezik über die politische Lage. In einer am Freitag in Wien gehaltenen großen sozialdemokratischen Vertrauensmannerversammlung referierte Präsident Sezik über die politische Lage. Er betonte, es gebe keinen volkswirtschaftlich gebildeten Sozialdemokraten, der nach den irreführbaren Erfahrungen Ungarns und Russlands der Ansicht wäre, daß heute ein sozialistisches Gemeinwesen möglich sei. Der Friedensvertrag von St. Germain mache Oesterreich zu einem anomalen Staat mit anomaler Wirtschaft. Die Arbeiterchaft gebe aber nicht die Hoffnung auf, daß sie sich auch über die schlimmste Zeit hinwegsetzen werde bis zu dem historischen Augenblick, wo die Machtverhältnisse gestatten würden, den Anschluß an das große deutsche Wirtschaftsgebiet zu vollziehen.

Frankreich.

Die irische Mandatsfrage. „Lemps“ berichtet, Ministerpräsident Bolcaro habe mit dem aus dem Urlaub eiligst zurückgekehrten italienischen Vorkämmerer Grafen Giora eine Unterredung gehabt. Obwohl hierüber keine Mitteilung gemacht wurde, glaubt das Blatt, die italienische Regierung habe Vorteile verlangt, wenn sie das Mandat Frankreichs über Syrien anerkennen lasse. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß Italien Vorrechte auf andere Vorteile im Orient in letzter Minute verlange und sich gewissermaßen seine Zustimmung zum französischen Mandat in Syrien bezahlen lasse. Wenn eine französisch-italienische Verhandlung über gewisse Fragen eingeleitet werden müße, könne das erst nach Annahme des französischen Mandats durch den italienischen Vertreter erfolgen.

Italien.

Der Generalstreik in Mailand ist beendet. Im Piemont steht das Ende des Streiks bevor. In einem Manifest rühmen sich die Sozialisten, den Streik beendet zu haben und fordern ihre Anhänger auf, sich für weitere Besätze bereitzustellen.

Amerika.

Die französische Schuldfrage. Der französische Unterhändler in der Frage der Schulden bei Amerika hat dem Schaham ein genaues Darstellen der französischen Wirtschaft- und Finanzlage übergeben, die die amerikanische Regierung verlangt hatte. Die amerikanische Schuldmission wird nächste Woche zusammentreten, um mit den Franzosen zu verhandeln.

Koll auf Baumwollhandelsbündeln. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington haben im Senat 20 Republikaner, unter ihnen Lodge, Cole, Moses, Warren

und New, gegen einen Antrag des Finanzausschusses gestimmt, Baumwollhandelsbündeln mit einem Zoll von 17 Prozent zu belassen. Der Antrag wurde mit 38 gegen 17 Stimmen abgelehnt und die Herabsetzung des Zolles auf 75 Prozent beschlossen.

Durch Schlichterung geregelt. Reuter meldet aus Washington, die Delegierten von Chile und Peru haben endgültig den Schiedsspruch angenommen, durch den die seit längerer Zeit schwebende Tacna-Arica-Frage geregelt wird. Staatsminister Hughes hielt eine Ansprache, in der er sagte: Das glückliche Ergebnis der Verhandlungen sei ein neuer Sieg des Systems der Konferenzen bei internationalen Streitfragen.

Die neue Angestelltenversicherung.

Infolge der Veränderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erfolgt die Beitragsberechnung zur Angestelltenversicherung vom 1. Juli 1922 ab nach folgender Aufstellung:

Mögl. Arbeitverdienst mehr als 550 M. Monatsbeitrag 2,20 M., mehr als 650 M. 4,80 M., mehr als 1150 M. 6,80 M., mehr als 1500 M. 9,60 M., mehr als 2000 M. 13,20 M., mehr als 2500 M. 16,60 M., mehr als 3000 M. 20 M., mehr als 4000 M. 26,60 M., mehr als 5000 M. 33,20 M., mehr als 10 000 M. 40 M., mehr als 15 000 M. 48 M., mehr als 30 000 M. 60 M., mehr als 50 000 M. 80 M., mehr als 75 000 bis 100 000 M. 110 M.

Zum Arbeitsverdienst im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehören neben der Vergütung oder dem Lohn auch Versorgungsbeiträge, Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge (z. B. Wohnung, Kost, Licht, Heizung), Zuschüsse von Arbeitgeber und Arbeitgeber, die vorübergehend befristet werden, sind während dieser Befristung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 beim Rentenausschuß oder bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Weißensee, Südengelderndamm 193-195, eingereicht werden. Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung, die auf Grund des bisherigen Gesetzes ausgesprochen sind oder noch ausgesprochen werden, bleiben bestehen.

Neue Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung sind nicht mehr zulässig.

Angestellte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Beitragspflicht befreit, wenn ihnen die Erfüllung der Beiträge nicht gekannet wird, oder aus einem andern Grunde nicht möglich ist.

Englische Röhre zur Hausbrandheizung.

Die Regierung hat beschlossen, die englische Röhre für die nächste Zeit freier zu lassen, damit jeder, der in der Nähe ihrer Einfuhrstellen wohnt oder seinen Betrieb hat, ungehindert des Mangel an Röhren die englische Röhre mit an seiner Verfügung heranzieht. Diese Röhre ist sowohl wie auch andere Auslandsröhren (mit Ausnahme der aus der Tschechoslowakei und aus Ostindien-Oberindien eingeführten) kann bezugsfähig eingeführt, ferner auch bezugsfähig und marktfrei vertrieben und bezogen werden.

Der Reichskommissar für die Röhrenverteilung ist aber, wie der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet, zu der Überzeugung gekommen, daß es bei dem Mangel an deutscher Röhre nicht angängig ist, die ganze Einfuhr röhren vollkommen von der Bezugspflicht freizulassen. Soll mit der Einfuhr wirklich eine bessere Versorgung der Allgemeinheit gewährleistet werden, so muß sie irgendwo auf die durch Bezugshilfen geregelten Mengen angesetzt werden. Das heißt: Wenn einem Händler bezugsfähig 100 000 Röhren zustehen, und er deckt sich mit fremden Auslandsröhren bis zu 50 000 Röhren ein, so soll er von deutscher Röhre nicht mehr die 100 000 Röhren erhalten, sondern weniger, und zwar nur 75 000 Röhren. Mit anderen Worten: Der Reichskommissar will den ausländischen Bezug mit 50 Prozent, also mit der Hälfte seines wirklichen Umfangs, in Ansatz bringen. Es ist zu erwarten, daß so deutsche Röhren für den Hausbrand in nennenswertem Maße mehr als jetzt verfügbar werden können. Den Röhrenhändlern wird vorausichtlich von Seite der Bezugshilfen an die Auslandsröhren in gedachter Höhe angesetzt werden.

Um diese Maßnahme auch bis zum Verbrauch hin wirksam zu machen, bedarf es des üblichen Vorgehens bei der Unterverteilung. Freilich ist die Auslandsröhre erheblich teurer als die Inlandröhre; aber da zum Hausbrand nicht nur der Bedarf des kleinen Mannes für seine Wohnung, sondern auch der Bedarf der kleineren Gewerbe, der Behörden und der Industrie gehört, so wird der Auslandsröhrenbezug für den Hausbrand wahrscheinlich einen Umfang annehmen, der die Maßnahme seiner Anwendung rechtfertigt und für die allgemeine Versorgung vorteilhaft werden läßt. — Das den Röhren bleibt es nach wie vor bei der völligen Bezugsfreiheit.

Fahrplan der Südt.-Bahn, Dampfdruck.

Gültig vom 28. Mai bis mit 13. August 1922.

In München			
Nürnberg	5,45	—	—
Regensburg	6,35	—	—
Stuttgart	6,55	12,20	4,00*
Göppingen	7,15	12,40	4,20*
Kiel	7,30	1,10	4,50*
ab München			
München	7,15	10,30	1,25 5,15
Stuttgart	7,30	10,53	1,40 5,30
München	7,30	11,25	2,10 5,50
Berlin-Königsplatz	8,00	11,35	2,30 6,00
München	8,15	11,50	2,35 6,15
Hilfstein	8,30	11,55	2,40 6,30
Wiesbaden	8,30	12,05	2,50 6,30
München	8,40	12,15	3,00 6,40
München	10,05	1,25 4,30 8,00	
Dresden	12,35	4,25 7,10	—
ab Dresden			
München	7,35	11,00	2,15 5,00
München	8,35	1,15 4,15 7,05	
Dresden	10,15	1,35 4,35 7,25	
Wiesbaden	10,25	2,05 4,55 7,45	
Hilfstein	10,30	2,10 4,50 7,50	
München	10,35	2,15 4,55 7,55	
Berlin-Königsplatz	10,40	2,20 4,60 8,00	
München	10,50	2,30 4,70 8,10	
München	11,15	2,55 5,55 8,35	
München	11,30	3,00 6,00 8,50	
ab München			
München	11,40	3,15*	6,35
Göppingen	11,55	3,30*	6,50
Stuttgart	12,10	3,45*	7,05
Regensburg	—	—	7,15
Nürnberg	—	—	7,40

* Zur Comp. und Berichtigung.